

## Erinnern - Entscheiden – Wählen?

Aller fünf Jahre Wahlveranstaltungen, Wahlprogrammbeilagen, Wahlplakate, Wahlversprechen, kostenlose Kulis und Luftballons usw., die in die 5-jährige Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt weisen sollen. Eine Flut vielfältiger Informationen erreicht den mündigen Wirtschaftsbürger in relativ kurzer Zeit. Für eine Vielzahl von Wählern eine „normale“ Situation, der sie teilweise gelassen entgegengesehen. Auch wissentlich, dass es einerseits um zukünftige Entwicklungen des Landes geht, andererseits auch bundespolitische Veränderungen, z. B. im Bundesrat, in die Wege geleitet werden könnten. Für die Zukunft mitentscheiden, aber warum, wofür, für wen? Denn die Qualität und Quantität des Umsetzens der Parteiprogramminhalte in der alltäglichen Praxis, der Realität, kann man nur schwerlich voraussagen. Bleibt eigentlich nur die Wertung und Einordnung der erreichten Ergebnisse in Politik und Wirtschaft und im Alltagsleben. Dies fällt sicher nicht leicht, zumal die Bedürfnisse, Auffassungen, Interessen und Neigungen der Bürger/-innen sehr differenziert sind.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass mittels Bildung wesentliche Grundlagen für die individuelle, berufliche und gesellschaftliche Entwicklung gelegt werden, sollen nachfolgend ausgewählte Bildungsaspekte im Mittelpunkt eines partiellen Rückblicks und der Programme für die Zukunft stehen. Dazu sind in allen

Parteiprogrammen Vorhaben zur Bildungsentwicklung zu finden.

In der noch gegenwärtigen Legislaturperiode wurde der Bildungskonvent initiiert, der seine Arbeit am 11.07.2007 aufnahm. Hier wurde vielschichtig und langwierig über Schulstruktur, innere Schulreform und Qualitätsentwicklung diskutiert u.a.m. Auf der 10. Tagung, am 21. Juni 2010, ca. drei Jahre später, wurde dazu der Abschlussbericht vorgetragen. Während die SPD die Ergebnisse<sup>1</sup> dieser dreijährigen Arbeit im Bildungskonvents hauptsächlich für die „Frühkindliche Bildung und Förderung“ nutzen will, stellt die Partei DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm mehrere Bezüge her. Die inhaltlichen Aspekte im Wahlprogramm<sup>2</sup> reichen dabei von der frühkindlichen Bildung bis zur Profilierung der Sekundarschulen usw. In den Regierungsprogrammen von CDU<sup>3</sup> und FDP<sup>4</sup> erfolgt weder ein konkreter begrifflicher Bezug noch ein Verweis auf inhaltliche Aspekte des Bildungskonvents. Nicht zuletzt ist die Einarbeitung von ausgewählten Ergebnissen dieses Konvents auch eine Anerkennung und Würdigung der geleisteten Arbeit aller daran Beteiligten in dieser Legislaturperiode.

<sup>1</sup> Klare Ziele. Sichere Wege. Unser Programm für ein starkes und gerechtes Sachsen-Anhalt.(SPD), S.8

<sup>2</sup> Wahlprogramm für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20.03.2011

<sup>3</sup> Regierungsprogramm der CDU Sachsen-Anhalt Beschluss des Landesparteitages vom 25. September 2010

<sup>4</sup> Regierungsprogramm der FDP 2011 - 2016

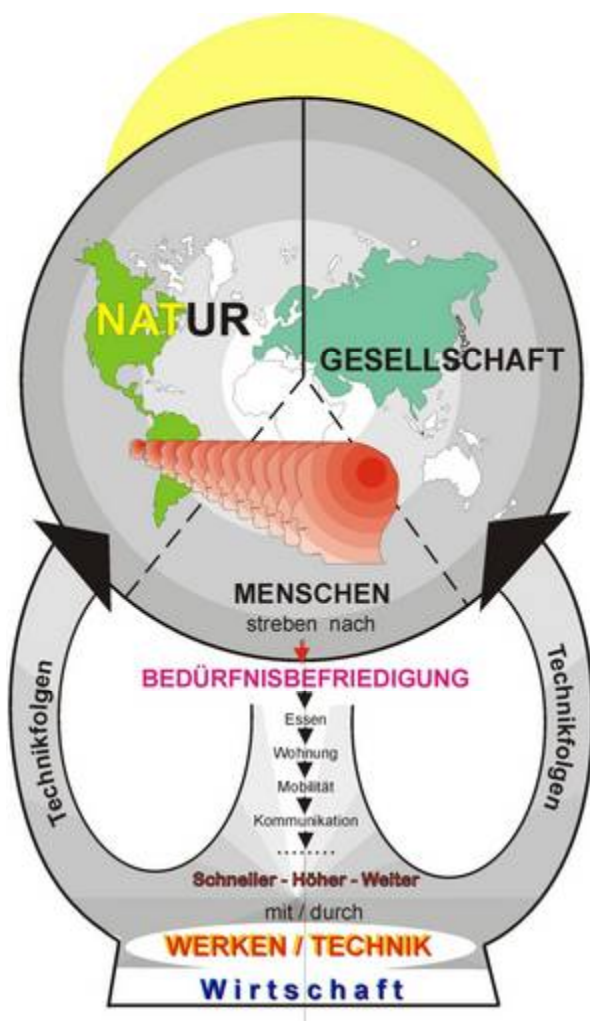
Im Rahmen der ca. 5-jährigen Bildungspolitik erfolgten aber auch Veränderungen in der Schulbildung. Das betraf Lerninhalte in ausgewählten Unterrichtsfächern, das Lernen selbst und nicht zuletzt den Schulalltag. Als Auslöser solcher Veränderungen, insbesondere der Lernziele und -inhalte, sind die PISA-Ergebnisse zu betrachten. Für alle Bürger/-innen öffentlich nachlesbar, konnte das Bildungsniveau mit anderen Bundesländern verglichen und die Stellung Sachsen-Anhalts in den untersuchten Disziplinen eingeordnet werden. Eine Folge war u. a. die „Entrümpelung“ ausgewählter Lehrpläne bzw. Rahmenrichtlinien. Eine Frage bleibt jedoch dabei seit Jahren offen: Wie soll eine zukünftige Entwicklung der Allgemein- oder Grundlagenbildung aussehen? Zu dieser Frage ist nur wenig Konkretes zu finden. Schulstrukturen werden seit Jahren immer wieder und dauerhaft diskutiert, eigentlich auch ein alter Hut, zumal das „Fahrrad“, wenn auch in unterschiedlichen Ausführungen, schon erfunden wurde. Hier tun sich alle Parteien schwer. Man gewinnt den Eindruck das es eher um Prestigefragen geht, als um eine sachbezogene Inhaltsbewältigung, bei dem die Entwicklung und Förderung aller Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen.

Analog gilt dies auch für die Studierenden der Lehramtsstudiengänge an Grund-, Förder- und Sekundarschulen sowie Gymnasien.

Da jedes Land für die Entwicklung und Bildung eigenverantwortlich ist – Ergebnis der Föderalismusreform und bildungspolitische Kleinstaaterei –, muss somit auch die Forschungstätigkeit in den Lehramtsausbildungen einen entsprechend hohen Stellenwert in der Bildungspolitik des Landes einnehmen. Es sollte eigentlich aufgefallen sein, dass seit Jahren die Professuren für Fachdidaktiken an der Martin-Luther-Universität immer weniger werden. Damit sind die Voraussetzungen für eine systematische, auf die Zukunft gerichtete Bildungs- und Forschungstätigkeit im Fach, z. B. zu fachspezifischen, fachübergreifenden Lehr- und Lernmethoden, zu möglichen, zukünftigen Bildungszielen, –inhalten sowie Lehr- und Lernverfahren weiter gesunken. Die Parteien müssen sich die Frage gefallen lassen: Welcher Qualitätsabschwung ist für ein Lehramtsstudium erträglich und welche Konsequenzen nimmt man für eine zukünftige Lehrtätigkeit an Schulen in Kauf? . Die Föderalismusreform, initiiert durch die ehemalige schwarz-rote Koalition, bedeutet, dass Bildungspolitik ein Verantwortungsbereich der Landespolitik ist. Das schließt auch die Studienbedingungen in den Lehramtsausbildungen ein, wenn es um Qualität in den Schulfächern und Schuljahrgangsstufen, der Schulpraxis geht. Aus diesen und anderen Gründen sollten Lehramtsstudiengänge und nicht nur die, ausschließlich einer Universität und dem Selbstlauf überlassen werden.

Immer wieder, je nach wirtschaftlicher Lage, steht die Problematik des Ingenieur- und Facharbeitermangels im Mittelpunkt produktiver, wirtschaftlicher und politischer Interessen. Man erwartet einen motivierten, an Wirtschaft und Technik interessierten Jugendlichen. U. a. in diesem Zusammenhang setzte sich der Landtag in seiner 24. Sitzung 2007 mit dem Thema: "Technische Bildung an allgemeinbildenden Schulen" auseinander. Ausgangspunkte für

diese Thematik waren u.a. die Eliminierung des technischen Werkunterrichts aus der Stundentafel der Grundschulen, die Einstellung der Lehramtsausbildung für Werkunterricht an Grund- und Förderschulen sowie der Lehramtsausbildung Wirtschaftstechnik an Sekundarschulen und Gymnasien. Diese Tatsache, dass keine Lehrer/-innen für die technische und wirtschaftliche Allgemeinbildung an allgemeinbildenden Schulen ausgebildet werden, ist bis heute Realität.



Während die CDU die Schüler/-innen lediglich in die Praxis (also arbeiten) schicken will, heben die Parteien der SPD und der DIE LINKEN die Notwendigkeit einer technischen und wirtschaftlichen Allgemeinbildung in der schulischen Bildung hervor. Dieser Prozess der Auseinandersetzung endete mit der Ausschusssitzung am 3. Dezember 2008. Eine Einsichtnahme in die Ergebnisse dieses zweijährigen Prozesses endet im Mai des Jahres 2009 mit der Mitteilung: „Nach den einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages dürfen nicht öffentliche Ausschussniederschriften in der laufenden Wahlperiode und den zwei folgenden Legislaturen Dritten grundsätzlich nicht zugänglich gemacht werden.“<sup>5</sup> Nach Rückfragen wurde die Option eröffnet, dass man ja immer wieder darüber sprechen kann.

<sup>5</sup> Brief der Landesregierung an meine Person vom 4. Mai 2009

Getreu dem Spruch: „Vor den Wahlen ist nach den Wahlen“, wird möglicherweise auch für den 20.03.2011 die traditionelle Frage der Auswertung und Interpretation im Mittelpunkt stehen: Wie hat die Wahlbeteiligung der Bürger/-innen die „Gewinne“ und „Verluste“ beeinflusst? Als häufigsten Grund für eine mögliche geringe Wahlbeteiligung wird standardgemäß die Wahlmüdigkeit der Bürger/-innen herausgearbeitet. Man kann hierbei auch von Motivation oder auch Demotivation sprechen. In Vorbereitung auf die Wahlen stellt sich auch umgekehrt die Frage: Wie motiviert sind Kreisvorstände, als Schnittstelle zwischen den Parteimitgliedern (Ortverband) und den Kandidaten/-innen des Landtages,

der Fraktion, wenn Bürgerfragen beantwortet werden sollen? Das Ergebnis einer solchen Anfrage (29 Kreisvorstände wurden angeschrieben) ist ernüchternd. Denn die Anfragen zur Thematik der technischen und wirtschaftlichen Bildung an allgemeinbildenden Schulen haben nur ca. 37 % der in Sachsen-Anhalt beheimateten Kreisvorstände (CDU, DIE LINKE, FDP, Bündnis 90-Die Grünen) bestätigt. Die konkreten, parteibezogenen Ergebnisse, Stand vom 08.03.2011, sind ernüchternd (Diagramm 1). Bürgernähe und ein gewisses Grundinteresse an Bürgerfragen sollten wesentliche Aspekte politischer Tätigkeit und nicht nur vor den Wahlen, aller Parteien sein.

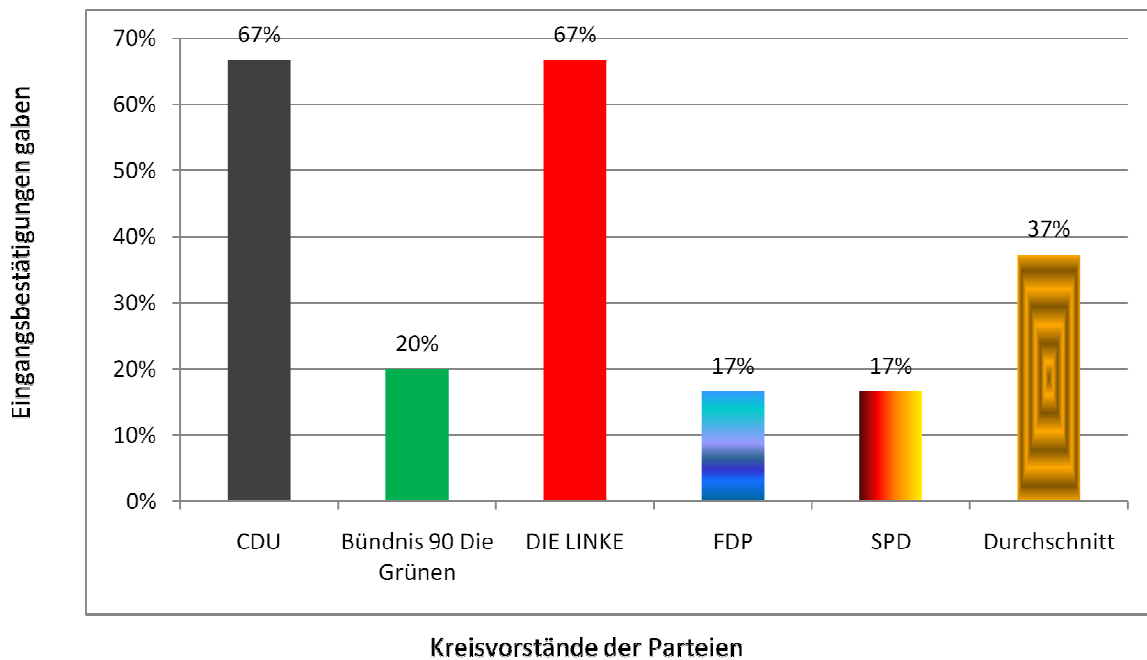


Diagramm 1

## Abgelehnter Vorschlag einer Veröffentlichung in der Mitteldeutschen Zeitung

Noch eklatanter sind die Ergebnisse hinsichtlich der Beantwortung bzw. einer Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragestellungen durch Kreisvorstände und/oder Kandidaten/-

innen (Diagramm 2) ausgefallen. Bleibt zu hoffen, dass der/die mündige Bürger/-in dazu eine andere Einstellung besitzt und durchschnittlich mehr als 37% „Beteiligung“ erreicht!.

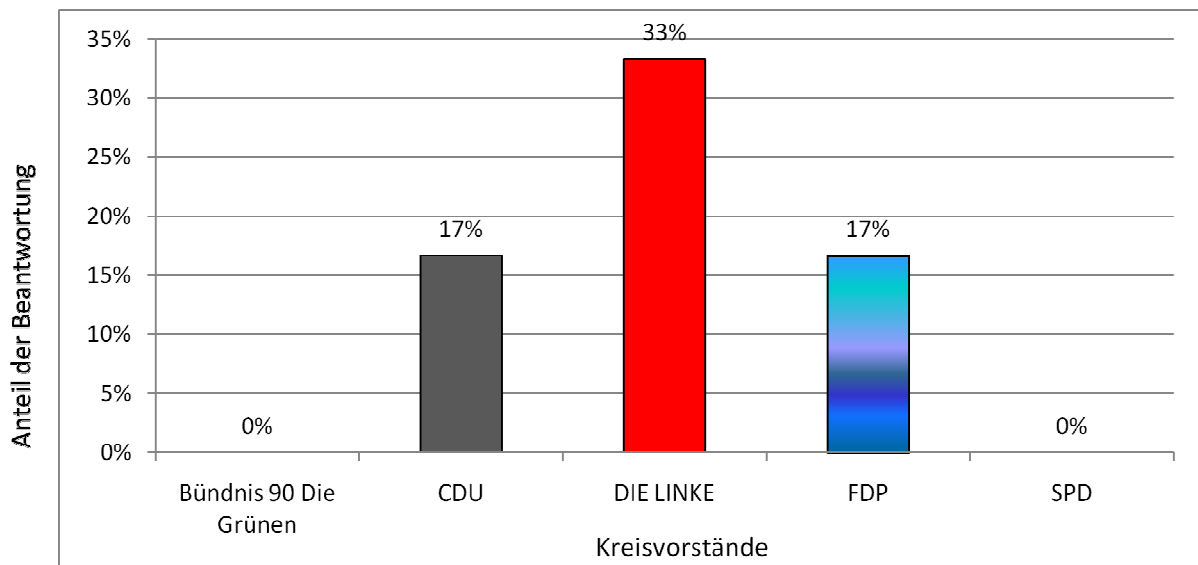


Diagramm 2

Dr. H. Seifert

Salzatal 17.03.2011

Abgelehnter Vorschlag einer Veröffentlichung in der Mitteldeutschen Zeitung

Vorschlag für eine grafische Darstellung der Technikrolle im Leben der Menschheit und Natur

